

Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat: Vorbereitungen zu einer interkulturell vergleichenden Sekundäranalyse und einige Ergebnisse

Herz, Thomas A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Herz, T. A. (1981). Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat: Vorbereitungen zu einer interkulturell vergleichenden Sekundäranalyse und einige Ergebnisse. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 8, 32-48.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206371>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SEKUNDÄRANALYSEN VON UMFRAGEN:
EINSTELLUNGEN ZUM WOHLFAHRTSSTAAT
VORBEREITUNGEN ZU EINER INTERKULTURELL VERGLEICHENDEN
SEKUNDÄRANALYSE UND EINIGE ERGEBNISSE

Der Wohlfahrtsstaat ist ins Gerede gekommen. Politiker der verschiedensten Lager sehen sich vor Probleme gestellt, deren Auftreten sie vor nur wenigen Jahren als absurd bezeichnet hätten. Wissenschaftler beschäftigen sich mit der Krise des Wohlfahrtsstaates und manche von ihnen fragen, ob Regierungen bankrott gehen können (ROSE und PETERS). In der Tat droht ja einem Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft - Belgien - ein solches Schicksal. Vor etwa einem Jahr sind Wissenschaftler aus 12 Ländern - Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Schweiz, Österreich, Italien und Großbritannien - zusammengekommen und haben, mit Zentrum am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, Italien (Peter FLORA), ein Projekt initiiert mit dem Titel: The Western European Welfare States since the Second World War. U.a. anhand von statistischen Angaben sollen die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen der letzten 35 Jahre, sofern sie zum Komplex Wohlfahrtsstaat gezählt werden können, beschrieben und interpretiert werden. Auch die Meinungsbildung seit dem Zweiten Weltkrieg in diesen 12 Ländern soll analysiert werden, eine Aufgabe, über die hier kurz berichtet werden soll.

Überprüft man die Literatur zum Thema "Krise des Wohlfahrtsstaates", die bisher veröffentlicht worden ist, wird man schnell eine Gemeinsamkeit feststellen. In nahezu allen Veröffentlichungen wird davon ausgegangen, daß eine Ursache für die Probleme die Erwartungen der Bevölkerung darstellen, genauer: die sprunghaft gestiegenen Erwartungen. Wie diese Erwartungen die Ausgabensteigerungen beeinflussen, wird nicht genau gesagt, daß sie direkt oder indirekt einen "Druck" auf Regierungen ausüben, scheint evident zu sein. Die Erwartungen bilden einen Teil der Einstellungs-Analyse. Des weiteren gehört zum Thema das, was man als "Welfare Backlash"



bezeichnet: der Protest gegen den Wohlfahrtsstaat, Beispiele lassen sich leicht in verschiedenen Ländern finden, z.B. in Dänemark, wo Mogens GLISTRUP eine Partei (Fortschrittspartei) gründete, die auch im Folketing vertreten ist. In Norwegen war Anders LANGE weniger erfolgreich, drückte aber die gleichen Sentiments wie GLISTRUP aus. In Kalifornien kam "Proposition 13", die geplante Erhöhung der Grundsteuern, nicht durch, auch ein Beispiel für eine negative Reaktion auf den Wohlfahrtsstaat. Drückt sich hierin eine neue Konfliktstruktur aus, d.h. wird der Wohlfahrtsstaat zu einem Objekt der politischen Auseinandersetzung, um den sich relativ klar abgrenzbare Interessengruppen scharen? Auf der einen Seite war der Wohlfahrtsstaat schon immer Gegenstand des politischen Konflikts. Die Frage ist, ob nicht neue Elemente hinzugekommen sind, die eine andere Konstellation von Gruppen um diese Konfliktstruktur erwarten lassen. Auch um diese Fragen geht es im Forschungsprojekt.

Es sollen also Indikatoren (Umfragefragen) für die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in 1 Z Ländern gefunden werden. Um eine solche Suche möglich zu machen und auch um die Klassifikation und Interpretation zu erleichtern, ist es notwendig, einen Bezugsrahmen zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Suche systematisch erfolgen kann. Wie könnte ein solches analytisches Schema aussehen? Auf der einen Seite muß es so konkret sein, daß mit ihm Fragen aus Umfragen klassifiziert werden können, auf der anderen Seite sollte es auch in eine Theorie integriert werden können. M.a.W.: Es müßte aus einer Theorie abgeleitet werden. Nur: Welche Theorie? Als Ausgangspunkt schiene mir eine Theorie, wie sie LIPSET und ROKKAN formulieren, sinnvoll. Sie führen die Parteisysteme der sechziger Jahre auf die Konfliktstrukturen der zwanziger Jahre zurück, d.h.: Eine bestimmte Konstellation von sozialstrukturell identifizierbaren Gruppen hat konträre Interessen; diese drücken sich als politische Konflikte aus und setzen sich unter bestimmten Umständen in Parteien um, d.h. erhalten einen dauerhaften Charakter. Problematisch an dieser Theorie ist ihre Rückwärtsgewandtheit. Aus ihr läßt sich kaum etwas über künftige Konflikte sagen. Hierzu müßte man andere Theorien hinzuziehen, die Aussagen über die sozialstrukturelle und sozialkulturelle Entwicklung erlauben. Sozialstrukturelle Veränderungen wurden



in der Theorie der post-industriellen Gesellschaft thematisiert. Es ist zwar relativ leicht, eine Anzahl möglicher Konflikte zu benennen, aber weniger leicht, sie systematisch mit der Theorie post-industrieller Gesellschaften zu verknüpfen, in deren Zentrum ja die Veränderung der Produktions- und Berufsstruktur steht. Sozialkulturelle Verschiebungen sind Inhalt der Theorie des Wertwandels. Aber ich halte diese Theorie für wenig stichhaltig und die aus ihr abgeleiteten Konflikte - vor allem den Generationenkonflikt - für höchst problematisch. Auch hier also finden wir keine Hilfe für unser Ziel, ein Klassifikationsschema zu konstruieren. Daher stehen die folgenden "Dimensionen" nur in einem losen Zusammenhang zu einer Theorie künftiger Konfliktstrukturen. Teilweise stimmen sie überein mit Klassifikationsschemen, die FLORA, ALBER und KOHL benutzten:

- a. Privater versus staatlicher Sektor
- b. Sicherheit versus Gleichheit versus Meritokratie versus Prosperität
- c. Solidarität
- d. Politische Struktur versus ökonomische Struktur versus soziale Struktur
- e. Input versus Output

Der grundlegende Dissens, der die Diskussion um den Wohlfahrtsstaat begleitet, handelt vom staatlichen Einfluß. Die im engeren Sinne wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen haben Sicherheit und Gleichheit zum Ziel, denen gegenüber Prosperität und Meritokratie stehen. Eine wichtige Voraussetzung für Sozialpolitik, z.B. bei der Finanzierung von Pensionen oder Arbeitslosenunterstützung, ist die Solidarität zwischen Gruppen. Auseinandersetzungen über staatlichen Einfluß können sich beziehen auf die politische, die wirtschaftliche oder die soziale Struktur. Schließlich braucht der Wohlfahrtsstaat für seine Aufgaben auch Einnahmen, die er in erster Linie in Form von Steuern erhebt. Die Einstellung zu diesen Steuern ist, wie die oben genannten Beispiele für Steuerproteste zeigen, im Rahmen einer Analyse von Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat von großer Bedeutung.

Bei der Suche nach Indikatoren habe ich mich in der ersten Phase des Projekts, die ich als eine Testphase bezeichnen möchte, auf ein Land - die Bundesrepublik - beschränkt. Des weiteren habe ich "Einstellungen zum



Wohlfahrtsstaat" in dieser Phase relativ eng operationalisiert: als Einstellung zu spezifischen sozialpolitischen Leistungen. Die oben genannten Dimensionen kamen also nur teilweise zur Anwendung. Das ZENTRALARCHIV für empirische Sozialforschung mit seinen rd. 1.000 Untersuchungen bot günstige Bedingungen, die erste Phase durchzuführen. Verschiedene Vorgehensweisen sind möglich. Ein Teil der Studien - z. Zt. 100 Untersuchungen mit 15.000 Indikatoren sind im Computer gespeichert. Diese Indikatoren können maschinell mittels des Z. A. R. -Rückgewinnungssystems gesucht werden. Zwei Suchstrategien sind möglich, Man kann nach bestimmten Begriffen suchen, die in den Frageformulierungen enthalten sein müssen, z.B. "Sozialversicherung", "Wohlfahrt" oder "Rente". Diese Strategie setzt Vertrautheit mit der Umfragesprache voraus und eine Portion Phantasie. Der andere Weg führt über Klassifikationskategorien. Jeder Frage wurden von den Mitarbeitern des ZENTRALARCHIVS bis zu zehn Kategorien zugewiesen aus einem Bestand von rd. 500, die in einem Klassifikationsschema geordnet sind. Unter Kategorie "3210" wurden z.B. alle Fragen klassifiziert, die mit "Staatlicher Fürsorge" zu tun haben. Der Zugang zu den Indikatoren ist mittels des Klassifikationsschemas einfacher im Vergleich zu der Vorgabe von Begriffen, setzt aber Vertrauen in die Fähigkeiten derjenigen Mitarbeiter voraus, die Fragen klassifizieren (das man nach meiner Erfahrung auch haben kann), Optimal dürfte die Kombination der beiden Strategien sein. Ein Beispiel: In einer Suche wurden zehn Klassifikationskategorien als relevant definiert und in den Computer eingegeben. Es fanden sich 574 Fragen. Es erschien sinnvoll, diese Menge zu reduzieren und so wurden einige Begriffe vorgegeben, Nur Fragen, die diese Begriffe enthielten, sollten von den 574 ausgedruckt werden, 22 Begriffe, u.a. "Gleichheit", "Hilfe", "Altershilfe", "gesund", "Gesundheit", wurden angegeben. Durch diese Vorgabe ermittelte der Rechner 297 Fragen. Die Schnittmenge enthielt jedoch nur 31 Fragen. Jede Strategie für sich tendiert zwar zu einem erheblichen "overretrieval", kann aber durch die jeweils andere Strategie begrenzt werden.



Einige quantitative Angaben mögen von Interesse sein. Ich habe vier voneinander relativ unabhängige "Suchen" durch die Vorgabe von Kombinationen aus Klassifikationskategorien und Begriffen durchgeführt. Dabei werden, wie nicht anders zu erwarten, z. T. die gleichen Fragen zwei- bis drei- oder viermal rückgewonnen, d.h. der "Überraschungseffekt" nimmt ab. Bei der vierten "Suche" waren 46% der Fragen bereits aus den vorangegangenen Durchgängen durch den Fragenbestand bekannt. Die Zahl bekannter Fragen würde sich verringern, wenn die "Suche" in einer systematischeren Weise erfolgen würde, als ich sie vorgenommen habe. Wichtig ist, daß jede "Suchaktion" auf die andere abgestimmt ist, und wenn *von vornherein* der Versuch unternommen wird, neue Indikatoren Mengen zu erschließen. Das ist jedoch nur möglich, wenn man mit dem Rückgewinnungssystem Erfahrung gesammelt und Kenntnis erlangt hat von den in der Umfragesprache verwandten Begriffen (und ihren abgeleiteten und verwandten Formen, die der Rechner auch auf Wunsch immer angibt). Insgesamt wurden in den vier Durchgängen 243 Fragen rückgewonnen. Grosso modo waren 9%, oder, wenn man die mehrfach rückgewonnenen Fragen abzieht, 11% für mich relevant. Diese Zahlen sind natürlich nur ungefähre Größen, denn eine Ausweitung oder Einengung des Begriffes "Wohlfahrtsstaat" wird die Zahl relevanter Fragen erhöhen oder verringern - aber nicht um viel. Viele Fragen konnten nicht berücksichtigt werden, da sie sich auf für mich irrelevante Populationen bezogen (mich interessierten nur repräsentative Auswahlen der Erwachsenenbevölkerung der Bundesrepublik). Andere Fragen entsprachen nicht meinem inhaltlichen Interesse. Ein Beispiel mag dies illustrieren. Der für das Projekt zentrale Begriff "Wohlfahrt" ist in vier, das Wort "Wohlfahrtsstaat" in keiner Frage enthalten. Läßt man sich die vier Fragen ausdrucken, erhält man die auf der folgenden Seite abgedruckten Outputs.

Die Fragen haben wenig zu tun mit dem Wohlfahrtsstaat und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen im engeren Sinne. Sie gehören also nicht zu den oben genannten 11% relevanter Fragen. Der Wohlfahrtsstaat war bis vor wenigen Jahren kein kontroverses Objekt, und dies spiegelt sich auch in den Umfragen wider.

ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG DER UNIVERSITÄT KÖLN

STUDIE 203

ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG
UNIVERSITÄT ZU KÖLN
UMFRAGEBESCHREIBUNG

- 101 TITEL DER STUDIE:
DIE BEGRIFFE CHRISTLICH UND
SOZIALISTISCH
- 223 AUSWAHLVERFAHREN:
MEHRSTUFIGE AUSWAHL
1. STUFE: SAMPLING-POINT; 2. STUFE:
HAUSHALT; 3. STUFE: ZIELPERSON
AUSFÜHRLICHE BESCHREIBUNG DES
AUSWAHLPLANES IM ZA VORHANDEN
- 231 ZEITPUNKT DER DATENERHEBUNG:
BEGINN DER DATENERHEBUNG (JAHR, MONAT,
TAG):
630123
DAUER DER DATENERHEBUNG IN WOCHEN:
5
- 331 ZUGÄNGLICHKEIT:
KEINE BESCHRÄNKUNG FÜR
WISSENSCHAFTLICHE BENUTZUNG
(ZA-KATEGORIE A)

V2

WORAN DENKEN SIE, WENN SIE DAS WORT "SOZIALISTISCH" HÖREN
ODER LESEN? (MEHRFACHNENNUNGEN) (R = NICHT BEFRAGT = 976
FÄLLE) A. VERÄNDERUNG UND VERBESSERUNG DER WIRTSCHAFTS -,
EIGENTUMS - UND SOZIALORDNUNG

	UNGEWICHTET	
	ABS.	%
01. ENTEIGNUNG / VERSTAATLICHUNG / SOZIALISIERUNG / PLANWIRTSCHAFT	36	1.79
02. WIRTSCHAFTLICHE, RECHTLICHE, POLITISCHE, SOZIALE GLEICHHEIT	49	2.43
03. ALLGEMEINWOHL / VOLKSFÜRSORGE / <u>WOHLFAHRT</u> FÜR ALLE / <u>LEBENSSTANDARD</u>	97	4.82
04. SOZIALEINRICHTUNGEN	48	2.38
05. ARBEITER / ARBEITERBEWEGUNG / SORGE FÜR DEN ARBEITER / ARBEITNEHMER / ARBEITENDE BEVÖLKERUNG	43	2.14
06. GUTE, HILFREICHE MENSCHLICHE BEZIEHUNGEN B. POLITISCHE PARTEIEN UND VERBAENDE	39	1.94
07. PARTEI (ALLGEMEIN) ODER GEWERKSCHAFT	67	3.33
08. SOZIALDEMOKRATEN C. POLITISCHE MÄCHTE UND SYSTEME	79	3.92
09. KOMMUNISMUS	42	2.09
10. OSTZONE (DDR, REGIME IM OSTEN ETC.)	54	2.68
11. RUSSEN (BOLSCHEWISTEN, SOWJETS O. Ä.)	12	0.60
12. ÜBLICHE LÄNDER (ALLGEMEIN) D. ANDERES	18	0.89
13. POLITIK	48	2.38
14. ZWANG, GEWALTÄTIGKEIT, KRIEG, DIKTATUR O. Ä.	14	0.70
15. INHALTSLOSE WIEDERHOLUNG VON "SOZIALISTISCH" / SOZIALISMUS	25	1.24
16. ANDERE ANTWORTEN (REICHLICH BEISPIELE) (TEXTE LIEGEN VOR)	121	6.01
17. WEISS NICHT / KEINE MEINUNG	178	8.84
18. KEINE ANGABE	65	3.23
19. NICHT BEFRAGT	976	43.58
	2013	99.99

UMFRAGE BESCHREIBUNG STUDIE 28

- 101 TITEL DTR STUDIE:
THE CIVIC CULTURE STUDY (GERMANY)
- 223 AUSWAHLVERFAHREN:
MEHRSTUFIGE AUSWAHL
1. STUFE: SAMPLING POINT 2. STUFE:
HAUSHALTE 3. STUFE: ZIELPERSDN
- 331 ZUGAENGLICHKEIT:
KEINE PUBLIKATION OHNE SCHRIFTLICHE
GENEHMIGUNG DER: FUER DIE
ZUGAENGLICHKEIT ZUSTAENDIGEN INSTANZ
(ZA-KATEGORIE B)

V1C2 -

(51) DIE CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION IST GEGENWAERTIG
DIE STAERKSTE REGIERUNGSPARTEI. GLAUBEN SIE, DASS IHRE
POLITIK UND TAEITIGKEIT JEMALS DIE WOHLFAHRT DES LANDES
ERNSTLICH GEFAEHRDEN KOENNT? GLAUBEN SIE, DASS DAS
WAHRSCHEINLICH, MOEGLICH ODER UNWAHRSCHEINLICH IST?

	UNGEWICHTET	
	ABS.	%
1. WAHRSCHEINLICH	53	5.55
2. MOEGLICH	193	19.16
3. UNWAHRSCHEINLICH	555	58.12
4. ANDERES	1	0.10
5. WEISS NICHT	163	17.07
	955	100.00

V1 03 -

(FUER BEIDE PARTEIEN FRAGEN) (52) LASSEN SIE UNS NUN UEBER
EINIGE ANDERE PARTEIEN REDEN, DIE EINES TAGES DIE REGIERUNG
UEBERNEHMEN KOENNTEN. WENN DIE... PARTEI DIE REGIERUNG
UEBERNEHMEN WUERDE, WIE WAHRSCHEINLICH WAERE ES, DASS
DADURCH DIE WOHLFAHRT DES LANDES ERNSTLICH GEFAEHRDET
WUERDE? GLAUBEN SIE, DASS DIES WAHRSCHEINLICH IST, MOEGLICH
IST ODER UNWAHRSCHEINLICH IST? SPD

	UNGEWICHTET	
	ABS.	%
1. WAHRSCHEINLICH	37	9.11
2. MOEGLICH	191	20.00
3. UNWAHRSCHEINLICH	431	45.13
4. ANDERES	2	0.21
5. WEISS NICHT	244	25.55
	955	100.00

V104 -

(FUER BEIDE PARTEIEN FRAGEN) (52) LASSEN SIE UNS NUN UEBER
EINIGE ANDERE PARTEIEN REDEN, DIE EINES TAGES DIE REGIERUNG
UEBERNEHMEN KOENNTEN. WENN DIE... PARTEI DIE REGIERUNG
UEBERNEHMEN WUERDE, WIE WAHRSCHEINLICH WAERE ES, DASS
DADURCH DIE WOHLFAHRT DES LANDES ERNSTLICH GEFAEHRDET
WUERDE? GLAUBEN SIE, DASS DIES WAHRSCHEINLICH IST, MOEGLICH
IST ODER UNWAHRSCHEINLICH IST? EINE STARK RECHTSGERICHTETE
PARTEIBEWEGUNG WIE DIE DRP

	UNGEWICHTET	
	ABS.	%
1. WAHRSCHEINLICH	200	20.94
2. MOEGLICH	218	22.83
3. UNWAHRSCHEINLICH	149	15.60
4. ANDERES	5	0.52
5. WEISS NICHT	333	40.10
	955	99.99

Zur Suche mit und Ausbeute durch das Z. A. R.-Rückgewinnungs System möchte ich noch einige Anmerkungen anfügen. Das System ist eine große Hilfe. Mit einiger Erfahrung läßt sich mühsames Suchen und zeitaufwendiges Lesen von Fragebögen umgehen. Aber nur ein geringer Teil der Bestände des ZENTRALARCHIVS ist gespeichert. Als Nachteil wirken sich die manchmal fehlenden Angaben zu den Fragen bzw. Studien, wie Population oder Zeitpunkt der Erhebung, aus. Diese Lücken werden z. Zt. jedoch geschlossen, Verbesserungsfähig ist auch die Art der Prozentuierung bei Mehrfachnennungen. Angegeben werden bei solchen Fragen nicht die Anzahl der Befragten, sondern die Anzahl der Nennungen. Es wäre sinnvoll, auch die Anzahl der Befragten anzugeben, damit der Benutzer mit dem Taschenrechner auf der Basis der Befragtenzahl Prozente berechnen kann. Besser wäre sicherlich die Angabe beider Prozentuierungsmodi sowie der Ausschluß von Antworten wie "keine Angabe", "weiß nicht", etc. . Schließlich wäre eine leichter lesbare Anordnung des Textes von Fragen wünschenswert, denn, wenn z.B. die Vorfragen zu Filterfragen mit diesen abgedruckt werden und vielleicht auch Hinweise für den Interviewer in der Frage enthalten sind, wird der Text unübersichtlich.

Einen anderen Zugang zu den Beständen des ZENTRALARCHIVS bieten die Kenntnisse der Mitarbeiter. Ich erhielt Hinweise auf 19 Untersuchungen. Von diesen waren drei relevant. Die anderen bezogen sich nicht auf für die Bundesrepublik repräsentative Auswahlen oder enthielten doch nicht sinnvolle Indikatoren. Eine dieser Untersuchungen wurde im Jahre 1958 von Günther SCHMÖLDERS durchgeführt mit dem Ziel, die Steuermoral der deutschen Bevölkerung zu ermitteln. Wie sich zeigt, ist die damalige Thematik heute hoch aktuell. Die andere Untersuchung beinhaltet nur eine einzige Frage (ist man für höhere Steuern für die besser Verdienenden und für mehr soziale Leistungen oder für Einschränkungen solcher Leistungen?). Da jedoch diese Frage in neun aufeinander folgenden Untersuchungen in den Jahren 1968 und 1969 eingeschaltet wurde, ist die Zahl der Befragten außergewöhnlich groß und erlaubt somit sehr "feine" Aufgliederungen. Die dritte Untersuchung ist nicht repräsentativ für die Bundesrepublik, enthält jedoch Indikatoren, die für analytische Zwecke herangezogen werden könnten. Enttäuschend verlief



die Suche in den Bundestagswahlstudien. Es liegen z. Zt. 15 gut dokumentierte Wahluntersuchungen aus dem Zeitraum 1953 bis 1976 vor. Die Fragen sind auch in der Form einer synoptischen Darstellung zusammengeführt worden, um so die leichtere Suche nach vergleichbaren Fragen zu ermöglichen. Nur wenige Fragen beziehen sich auf Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat, und keine einzige von ihnen ist mehr als einmal gestellt worden. Außer den Primärunterlagen zu etwa 1.000 Umfragen besitzt das ZENTRALARCHIV umfangreiches, nichtveröffentlichtes oder "halbveröffentlichtes" Material über Umfrageergebnisse, z.B. die monatlich erscheinenden EMNID-Informationen, die Allensbach-Berichte etc.. Bestandsverzeichnisse anderer Datenarchive (in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Belgien, Norwegen und Dänemark) sind dort einzusehen. Eine Liste relevanter Quellen findet der Leser im Anhang.

Durch die Identifikation relevanter Fragen über die Einstellung zum Wohlfahrtsstaat ist natürlich nur ein erster Schritt getan. Die Fragen sollen über einen Zeitraum von 35 Jahren innerhalb eines Landes vergleichbar sein und sie sollen auch einen Vergleich zwischen Nationen ermöglichen. Diese beiden Erfordernisse lassen sich sehr schwer erfüllen. Wie schon erwähnt, war der Wohlfahrtsstaat bis vor wenigen Jahren nicht kontrovers, und es lassen sich daher nur wenige Fragen in älteren Untersuchungen finden. Die Probleme, denen sich die westlichen Wohlfahrtsstaaten gegenübersehen, mögen zum Teil die gleichen sein; man findet nur selten Indikatoren, die über zwei oder mehr Länder auch nur annähernd vergleichbar sind. Nur einige Beispiele sollen hier angeführt werden. In Tabelle 1 sind die Antworten auf Fragen enthalten, die die Einstellung zu staatlicher Aktivität indizieren.

In den Vereinigten Staaten sind jeweils zwei Zeitpunkte miteinander vergleichbar, da dann die Frageformulierungen (es handelt sich um Ergebnisse von Präsidentschaftswahluntersuchungen) gleich sind. Bezieht sich die Frage nur darauf, daß die Regierung Arbeitsplätze zur Verfügung stellen soll, sind zwei Drittel der Befragten für staatliche Aktivität, während die Erweiterung der Frage auf Garantie des Lebensstandards eine Reduktion der bejahenden Antworten auf ein Drittel zur Folge hat. Die Erwartungen ver-



Attitudes to Welfare: Security

Table 1 Favour government Provision of needs

	56	60	63	64	67	68	71	72	74	76	78
USA	63%	65%		36%		35%		32%		30%	
D			65%								
DK							83%				
S					51%				55%		64%

USA: 56/60: Government ought to provide everyone who wants a Job: agree strongly+agree not so strongly,

64/68: Government ought to provide Job, good Standard of living: yes.

72/76: Government ought to provide job, good Standard of living: 1+2+3 of 7-point scale.

D: 63: Government should guarantee everyone an adequate flat, income, leisure: yes.

DK: 71: Government should provide everybody with work and a decent income: fully agree+partly agree.

S: 67-78: Individual or society responsible to ensure good Standard of living for everyone: society.

ändern sich über diesen 20-jährigen Zeitraum kaum, berücksichtigt man die unterschiedlichen Frageformulierungen. Höher scheinen die Erwartungen in Europa zu sein, wobei Dänemark an der Spitze dieser vier Staaten liegt. In Schweden nimmt der Anteil der Befragten zu, die der Meinung sind, die Gesellschaft sei für den Lebensstandard verantwortlich und nicht der einzelne. Diese Veränderung beträgt etwa 1 Prozentpunkt pro Jahr; auch andere Ergebnisse belegen eine per Saldo äußerst langsame Einstellungsverschiebung. Erwartungen gegenüber staatlicher Aktivität mögen weiterverbreitet sein, nichts deutet jedoch auf eine plötzliche Zunahme von Erwartungen hin.

Das Gefühl der Sicherheit, daß das System der sozialen Sicherung vermittelt, unterscheidet sich relativ stark zwischen der Bundesrepublik und Schweden.

Attitudes to Welfare: Security

Table 2 Feelings of security visavis government welfare

	1963	1977	1978
D	39%	50%	
S			90%

D: 63: One can rely on social measures of government: yes.
 77: Respondent worried that government will not aid pension funds if these insolvent: no.

S: 78: Certain to get help if one gets into trouble: yes.

Mehrere Faktoren sind dafür verantwortlich, u.a. die weitverbreitete Legitimität staatlichen Handelns in Schweden und die universellen, jedem Bürger zugänglichen staatlichen Leistungen. Trotz der Erwartungen und der Sicherheit, die die sozialpolitischen Maßnahmen vermitteln, sind auch beträchtliche Minderheiten der Meinung, diese staatlichen Maßnahmen ließen sich reduzieren (Tabelle 3).

Attitudes to Welfare: Security

Table 3 Government should spend less even though this means cutting programs

	1963	1966	1967	1969	1970	1976	1978
USA						22%	
D						41%	
S			40%				45%
GB	52%	55%		69%	65%		

USA: 76: Government should spend less even though this means cutting back on programs such as health, education: yes.

D: 76: In case of economic crisis, social benefits should be curtailed: yes.

S: 67-78: Social welfare, since too expensive, should be cut down: yes.

GB: 63-70: Should government reduce taxes or spend more on social Services: reduce taxes.

Den niedrigsten Prozentsatz beobachten wir in den Vereinigten Staaten, und es läge nahe zu behaupten, hier würde eine 80%ige Mehrheit die knapp bemessenen staatlichen Leistungen vor weiteren Kürzungen verteidigen, während in Schweden und in der Bundesrepublik, durch die Breite der staatlichen Aktivitäten, auch mehr Möglichkeiten zum Sparen vorhanden seien. Allerdings unterscheiden sich die Frageformulierungen in einem entscheidenden Punkt: In den Vereinigten Staaten werden spezifische Maßnahmen genannt, die von Kürzungen betroffen wären: Gesundheit und Ausbildung, während in den beiden europäischen Ländern pauschal von Reduzierungen sozialpolitischer Maßnahmen die Rede ist. Je konkreter die Formulierung, desto geringer der Anteil, der Kürzungen befürwortet.

Das Ausmaß egalitärer Einstellungen wird an den Antworten zu Fragen über Steuern deutlich, die in Tabelle 4 enthalten sind.

Attitudes to Welfare: Taxes

Table 4 Higher incomes should pay higher taxes

	1971	1972	1973	1975	1976	1977	1979
DK	51%		69%	54%		57%	64%
USA		45%			40%		

DK: 71-79: High incomes should be taxed more than they are today: fully agree+partly agree.

USA: 72-76: Tax System should be changed, high incomes should pay more taxes: 1+2+3 of 7-point scale.

In Dänemark ist der Anteil, der für stärkere Besteuerung von hohen Einkommen plädiert, höher als in den Vereinigten Staaten, aber wieder ist ein direkter Vergleich problematisch, denn im letztgenannten Land wurde eine Sieben-Punkte-Skala verwendet, im erstgenannten dagegen fünf Antwortmöglichkeiten vorgegeben (von "volle Übereinstimmung" bis "volle Ablehnung"). Die Veränderung der Einstellung geht jedoch in verschiedener Richtung: In Dänemark nimmt der Anteil bejahender Antworten zu, in den USA ab. In dem letztgenannten Trend mag zum Ausdruck kommen, was sich in der Wahl von Präsident Ronald REAGAN 1980 in Taten manifestierte (Tabelle 5).



Attitudes to Welfare: Taxes

Table 5 Politicians waste taxes

	64	68	71	72	73	75	76	77	79
DK fully agree			63%		69%	63%		47%	53%
partly agree			21%		21%	20%		29%	25%
D						74%			
USA a lot	48%	61%		69%			76%		
some	45%	35%		28%			21%		

DK: 71-79: Politicians waste tax-payers money.

D: 75: Are taxes spent in a sensible way or is government wasting money on expenditures from road building to defense: wastes.

USA: 64-76: People in government waste taxes.

Dort sind Antworten auf Fragen enthalten, die Skepsis gegenüber den Inhabern staatlicher Macht oder Mißtrauen in die Regierungen indizieren. In allen drei Ländern meint drei Viertel oder mehr, die Politiker bzw. Regierungen würden Steuern verschwenden. In den Vereinigten Staaten ist dieser Anteil von 1964 bis 1976 stetig gewachsen, in Dänemark ist er langsam zurückgegangen. Diese Haltung gegenüber den Regierungen, die manche realistisch und andere zynisch nennen würden, geht einher mit klaren Erwartungen über staatliche Aktivitäten. Interpretiert man die Einstellung zu Verschwendung von Steuern als einen Indikator für "Welfare Backlash", dann zeigt sich, daß solche Einstellungen sehr wohl mit Ansprüchen gegenüber dem Staat kompatibel sind.



Ausgewählte Literatur zum Thema Wohlfahrtsstaat

ALBER, Jens:

Der Wohlfahrtsstaat in der Krise? Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Soziologie 1980, 9, S. 313 - 342.

ARZBERGER, Klaus, Manfred MURCK, Jürgen SCHUMACHER:

Die Bürger. Bedürfnisse, Einstellungen, Verhalten, Königstein 1979.

BAIER, Horst:

Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik, in: Christian v. FERBER und Franz Xaver KAUFMANN (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik, Opladen 1977, S. 128-142 (Westdeutscher Verlag).

ESPING-ANDERSEN, Gösta:

Social Class, Social Democracy and State Policy, Copenhagen 1980 (New Social Science Monographs E8).

FLORA, Peter:

Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive, in: Joachim MATTHES (Hg.): Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt a.M./New York 1979, S. 82-136 (Campus),

FLORA, Peter, Jens ALBER, Jürgen KOHL:

Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahresschrift, 18, S. 707-772.

JANOWITZ, Morris:

Social Control of the Welfare State, Chicago and London 1976 (University of Chicago Press).

KORPI, Walter: .

Social Democracy in Welfare Capitalism - Structural Erosion, Welfare Backlash and Incorporation, in: Acta Sociologica 1978.

KAUFMANN, Franz Xaver:

Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart 1973 (Enke).

OFFE, Claus:

"Unregierbarkeit". Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: HABERMAS, Jürgen (Hg.): Stichworte zur "Geistigen Situation der Zeit", 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt a. M. 1979, S. 294-318 (Suhrkamp).

PAPPI, Franz Urban:

Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat, in: ZAPF, Wolfgang (Hg.): Probleme der Modernisierungspolitik, Meisenheim/Glan 1977, S. 221-226 (Anton Hain).



ROSE, Richard, and Guy PETERS:
Can Governments go Bankrupt?, New York 1978 (Basic Books).

WILENSKY, Harold L.:
The Welfare State and Equality, Berkeley 1975 (University of California Press).

WILENSKI, Harold L.:
The 'New Corporatism, Centralization, and the Welfare State, London-Beverly Hills 1976 (Sage).

Veröffentlichungen mit Umfrageergebnissen

BENAD, Günter:
Das Verhalten des Verbrauchers. Veränderungen 1957/59 - 72, vervielf. Ms., Düsseldorf 1975 (intermarket).

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.):
Bürger und Sozialstaat, Bonn 1979 (infratest Sozialforschung 22).

CONVERSE, Philip E. (Hg.):
Social Attitudes Data Sourcebook, Cambridge, Mass. 1980 (Harvard UP).

DIVO (Hg.):
Umfragen I - III, Frankfurt a. M. 1958-1962 (Europ. Verlagsanstalt).

EG-Kommission:
euro-barometer (Erscheinungsweise: halbj.).

EMNID-Institut:
EMNID-Informationen. Bielefeld: Selbstverl. (Erscheinungsweise: monatl.).

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.):
Untersuchung zum Zusammenhang des Bekanntheits- und Wirkungsgrades sowie der Einschätzung betriebsrelevanter öffentlicher Sozialpolitik, vervielf. Ms., Bonn-Bad Godesberg 1973.

GALLUP, George H.:
The Gallup Poll. Public Opinion 1935 - 1971. Vol. 1-3. New York: Random House 1972. 1. 1935 - 1948, 2. 1949 - 1958, 3. 1959 - 1971.

GALLUP, George H.:
The Gallup Poll. Public Opinion 1972 - 1977. Vol. 1.2. Wilmington, Del.: Scholarly Resources 1978. 1. 1972 - 1975, 2. 1976 - 1977.

GALLUP, George H.:
The Gallup Poll. Public Opinion 1979. Wilmington, Del.: Scholarly Resources 1980.

GALLUP, George H.:
The International Gallup Polls. Public Opinion 1978. Wilmington, Del.: Scholarly Resources 1980.

The GALLUP POLL (Ed.):
The Gallup Opinion Index. Princeton, N. J.: Selbstverl. (Erscheinungsweise: monatl.).



GRINDHAUG, T., T. SANDE, K. VOJE (Hg.):

Galluparkivet 1964-1976. Oversikt over spørsmål med frekvensfordelninger, Bergen 1979 (NSD).

INFRATEST (Hg.):

Thema Renten. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung bei Erwachsenen ab 18 Jahren in der Bundesrepublik und einer Ergänzungsbefragung bei nicht berufstätigen Rentenbeziehern im Oktober/November 1977. Tabellenband, vervielf. Ms., München 1977.

Institut für Demoskopie Allensbach:

Allensbacher Berichte. Allensbach: Selbstverl.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hg.):

Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland, vervielf. Ms., Allensbach 1979

KMIECIAK, P.:

Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976 (Schwarz).

MERRITT, A.J. and R. L. MERRITT:

Public Opinion in Occupied Germany, Urbana 1970 (U of Illinois-Press).

MERRITT, A.J. and R. L. MARRITT:

Public Opinion in Semisovereign Germany: The HICOG Survey 1949-1955, Urbana 1976 (U of Illinois-Press).

MILLER, Warren E. et al. (Hg.):

American National Election Studies Data Sourcebook, 1952-1978, Cambridge, Mass. 1980 (Harvard UP).

NOELLE, Elisabeth (Hg.):

Jahrbuch der Öffentlichen Meinung. 1947-1973. Allensbach: Verl. für Demoskopie 1956-1974. 1. 1947-1955, 2. 1957, 3. 1958-1964, 4. 1965-1967, 5. 1968-1973.

NOELLE-NEUMANN, Elisabeth (Hg.):

Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. 1974-1977. Wien u. a.: Molden 1976-1977. 1. 1974-1976, 2. 1976-1977.

SOUTHWICK, Jessie (Hg.):

Survey Data for Trend Analysis, Washington 1974 (no publisher listed).

VEIDERS, Wolfgang W.:

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage, in: RÜHLE, Hans und Hans-Joachim VEEN (Hg.): Die neue Soziale Frage, Melle und St. Augustin 1979 (Forschungsbericht 2).



Zeitschriften mit Umfrageergebnissen

BRITISH PUBLIC OPINION

PUBLIC OPINION

SONDAGES

WORLD OPINION UPDATE

Nachweise über Datenbestände

Belgian Archives for the Social Sciences (BASS):

Inventory of the Archives available 76. Louvain-La-Neuve: Selbstverl. 1976.

Danish Data Archives:

Danish Data Guide 1979. Excerpts from the DDA holdings of machine readable Standard study descriptions of Danish social science data.

Odense: Selbstverl. 1980.

Data Clearing House for the Social Sciences:

Social Science Data Inventory 1977. Ottawa: Selbstverl. 1978.

Inter-University Consortium for Political and Social Research (ICPSR):

Guide to Resources and Services 1980 - 1981. Ann Arbor, Mich.:

Selbstverl. 1981.

Norsk Samfunnsvetenskaplig Datatjenste:

European Political Data (EPD) (Erscheinungsweise: viertelj.).

Social Science Research Council (SSRC):

Survey Archive Data Catalogue. Guide to the Survey Archive's social science data holdings and allied Services. Colchester: Selbstverl. 1979.

Steinmetz Archives:

Catalogue and Guide. Amsterdam, London: North-Holland Publishing Company 1974.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Hg.):

Variables over Time: Continuity Guide to the German Election Data Project 1953-1976, vervielf. Ms., Köln 1978

Thomas A. Herz

Universität - Gesamthochschule - Siegen